

16. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

4. Juli 1956

11/J

An f r a g e

der Abg. Dr. Pfeiffer, Kandutsch und Genossen
 an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,
 betreffend die noch in sowjetischer Haft oder Verbannung lebenden Österreicher.

-.-.-.-.-.-.-

Das Schicksal der in sowjetischem Gewahrsam befindlichen österreichischen berührt nicht nur die Angehörigen dieser Ärmsten, sondern wird in ganz Österreich mit äußerster Anteilnahme verfolgt. Der Bundeskanzler selbst hat vor und bei seinem Besuch in der sowjetischen Hauptstadt den Vorrang dieser Frage vor allen anderen mehrfach betont und zum Ausdruck gebracht.

Gestützt auf Angaben und Augenzeugenberichte von Spätheimkehrern sollen sich noch eine Reihe von Österreichern in sowjetischer Haft oder Verbannung befinden. Man hat diesen Leuten sowjetischerseits die Staatsbürgerschaft aberkannt oder führt sie in den amtlichen Registern als staatenlos. Dadurch, dass sie also amtlich als Österreicher nicht existieren, besteht die einkommende Gefahr, dass sich kein Mensch um sie kümmert und sie für Lebenszeiten in den russischen Sperrzonen Sibiriens unter den erbärmlichsten Bedingungen festgehalten werden. Die Entwicklung seit dem Abschluss des Staatsvertrages und dem Eintreffen des sogenannten letzten Spätheimkehrer-transportes scheint diese Gefahr zu bestätigen. Denn erst in jüngster Zeit wurde durch Pressemeldungen ("Die Presse" vom 3. Juni, "Neuer Kurier" vom 9. Juni, "Wiener Samstag" vom 9. Juni) die Öffentlichkeit wieder an das Schicksal dieser Leute erinnert.

Im Zusammenhang mit diesen Pressemeldungen wurden auch schwere Beschuldigungen gegen die österreichische Vertretung in Moskau, insbesondere gegen ihren Leiter Gesandten Norbert Bischoff, erhoben. Es wird vor allem der Meinung Ausdruck gegeben, dass sich die österreichische Vertretung zuwenig um das Problem kümmere und die Evidenzhaltung der Verschleppten völlig unzureichend sei. So wussten Heimkehrer zu berichten, dass es österreichischen Kameraden durch Mittelsmänner gelückt sei, aus ihrem Verbannungsort auf Umwegen mit der österreichischen Botschaft Verbindung aufzunehmen und die österreichische Vertretung auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Diese Nachrichten wurden aber völlig unausgewertet ad acta gelegt. Ferner wird der österreichischen Botschaft in Moskau vorgeworfen, dass sich die für die Kriegsgefangenen im hohen Norden bestimmten warmen Bekleidungsgegenstände in der Botschaft turmen und nicht weitergeleitet werden.

17. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

4. Juli 1956

Aus allen diesen Gründen erscheint die Frage der noch in Russland befindlichen und dort durch irgendwelche Machenschaften der sowjetischen Behörden zurückgehaltenen Österreicher aufklärungsbedürftig, und andererseits besteht der Verdacht, dass die österreichische Vertretung dieser Aufgabe nur in völlig unbefriedigender Weise gerecht wird. Schon die Zahlen darüber, um wie viele Menschen es sich dabei handeln kann, differieren derart, dass energische Arbeiten und Vorstellungen bei den Sowjets unbedingt geboten erscheinen. Durch unmittelbare Aussagen von Spätheimkehrern liegt ein Lebenszeichen von etwa 500 Österreichern oder zumindest ehemaligen Österreichern, die aus irgendwelchen Gründen von den Russen nicht als solche anerkannt werden, vor. Nach bundesdeutschen Unterlagen, die deshalb von Bedeutung sind, weil dort ein wesentlich dichteres Netz von Nachrichten und Lebenszeichen zur Auswertung zur Verfügung steht, sollen es rund 8.000 Österreicher sein, die noch in den sibirischen Sperrzonen leben, zum Teil werden sie in den sowjetischen Registern bereits als sowjetische Staatsbürger oder als Staatenlose geführt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten die

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten bereit, mit allen Mitteln und vor allem durch energische Schritte bei der Regierung der UdSSR festzustellen, wie viele Österreicher als Kriegsgefangene, Verschleppte, Internierte etc. aus irgendwelchen Gründen oder unter irgendwelchen Vorwänden heute noch in der UdSSR zurückgehalten werden, und ist der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten darüber hinaus bereit, die bisherige Tätigkeit der österreichischen Vertretung in diesen Belangen zu überprüfen und vor allem den in der Presse zum Ausdruck gebrachten und auf konkreten Heimkehreraussagen beruhenden Bedenken nachzugehen?

-.-.-.-.-.-.-.-